



Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/1661

Alle Abgeordneten

22. September 2023

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Inge Blask MdL erbetenen Bericht zum Thema „Was folgt aus der State-of-the-Union Rede der Kommissionspräsidentin für NRW?“.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Internationales weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien für den
Ausschuss für Europa und Internationales
zum Thema „Was folgt aus der State-of-the-Union Rede der
Kommissionspräsidentin für NRW?“

(September 2023)

Am 13.09.2023 hielt die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ihre vierte Rede zur Lage der Europäischen Union (State of the Union, SOTEU). Die Präsidentin unterstrich ganz grundsätzlich, die **EU müsse „Historisches leisten“**, um die aktuellen Krisen zu lösen und vor allem den Erwartungen auch der jungen Generation gerecht zu werden. Unter ihrer Leitung habe die Kommission 90 Prozent der in 2019 genannten politischen Prioritäten umgesetzt. Sie ging auf die verbleibenden Herausforderungen unter Ankündigung weiterer Initiativen in verschiedenen Bereichen ein.

Die Präsidentin betonte den Willen der EU, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Diesbezüglich verwies sie auf die vorgeschlagene Ukraine-Fazilität mit einer Gesamtkapazität von 50 Mrd. Euro (Darlehen und Zuschüsse) für den Zeitraum 2024-2027. Wichtige Themen der laufenden Legislaturperiode seien die Reform der **EU-Fiskalregeln** und die Legislativvorschläge zur Halbzeitüberprüfung des MFR 2021-2027. Perspektivisch und im Zusammenhang mit notwendigen Reformen im Vorfeld einer Erweiterung der EU betonte die Kommissionspräsidentin die Notwendigkeit einer Diskussion über die **Zukunft des EU-Haushalts**.

Im Hinblick auf den europäischen Grünen Deal sah sie eine Weiterentwicklung zu einer wirtschaftlichen Agenda mit klaren Vorgaben für Investitionen und Innovation. Die Präsidentin läutete eine **nächste Phase des europäischen Grünen Deals** ein, welche die europäische Industrie während des Übergangs unterstützen soll. Die in der Industriestrategie aus 2020 und ihrer Aktualisierung aus 2021 entwickelten Ansätze für industrielle Ökosysteme sollen einen wichtigen Rahmen bieten. Sie kündigte in Kürze beginnende **„Clean Transition“-Dialoge** mit der Industrie zur Entwicklung eines Geschäftsmodells für die Dekarbonisierung an.

Mit einem **Paket für die Windkraft** sollen Genehmigungsverfahren weiter beschleunigt und Auktionssysteme in der Europäischen Union verbessert werden. Daneben soll der Fokus auf Kompetenzen, dem Zugang zu Finanzmitteln und stabilen Lieferketten liegen. Die der Rede beigefügte Absichtserklärung formuliert ein **Klimaziel für 2040** und die Initiative für einen resilienten Wassersektor als Prioritäten für das Jahr 2024. Die Präsidentin erinnerte an die Wirkungen unfairer Handelspraktiken seitens China auf die Solarindustrie und kündigt eine **Antisubventionsuntersuchung zu Elektrofahrzeugen aus China** an.

In der Rede adressierte sie drei große wirtschaftliche Herausforderungen: (1) den Arbeits- und Fachkräftemangel, (2) die Inflation und (3) die Rahmenbedingungen für Unternehmen. Im Hinblick auf den **Arbeits- und Fachkräftemangel** wurden u.a. die Situation von jungen Menschen und Frauen sowie die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aufgegriffen. Im ersten Halbjahr 2024 soll ein Gipfel mit den Sozialpartnern stattfinden. Als Maßnahme gegen

die **Inflation** sollen die Schritte zur Senkung der hohen Energiepreise auf kritische Rohstoffe und sauberen Wasserstoff übertragen werden. Zur **Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen** wurden ein KMU-Beauftragter der EU, der direkt an die Präsidentin berichtet, ein Wettbewerbsfähigkeits-Check-up im Gesetzgebungsverfahren sowie erste Legislativvorschläge zur Verringerung der Meldepflichten auf europäischer Ebene um 25 Prozent angekündigt.

In der Rede wurden zudem der Zugang zu Schlüsseltechnologien durch Vorschläge wie die **Plattform für strategische Technologien für Europa** (Strategic Technologies for Europe Platform, STEP) sowie die Herausforderungen in den **globalen Lieferketten** aufgegriffen. Das erste Treffen eines neuen **Clubs für kritische Rohstoffe** soll noch in diesem Jahr stattfinden. Freihandelsabkommen (künftig auch mit Indien und Indonesien) sollen zu offenem und fairem Handel beitragen. Die Präsidentin kündigte zudem einen **Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit** an.

In dem im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Vorschlag zu einem Gesetz über **Künstliche Intelligenz (KI)** sah die Präsidentin nicht nur eine Blaupause für die ganze Welt. Sie sprach sich für ein Gremium für KI aus, welches die Risiken und ihren Nutzen für die Menschheit betrachtet. Eine Initiative zur Öffnung europäischer Supercomputerkapazitäten für ethische und verantwortungsvolle KI-Start-ups zähle neben einem EU-Weltraumgesetz zu den Prioritäten für 2024.

Mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit soll beim nächsten EU-AU-Gipfel ein neues Strategiekonzept zur Entwicklung der Partnerschaft vorgelegt werden. Zu den Arbeiten unter dem Dach des **Global Gateway** hob die Präsidentin u.a. die Initiative eines „Wirtschaftskorridors Indien – Naher Osten – Europa“ (u.a. Stromkabel und grüne Wasserstoffpipeline) sowie den Aufbau einer lokalen Wasserstoffwirtschaft mit Namibia und Kenia hervor. Als Priorität für 2024 wurde zudem eine Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie angekündigt.

Die Präsidentin wies darauf hin, dass **Migration** gesteuert werden müsse. Das vorliegende Paket zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) vereine Souveränität und Solidarität, Schutz von Grenzen und Menschen sowie Sicherheit und Menschlichkeit. Bis zum Ende der Legislaturperiode wolle die Kommission einen Fokus auf dem Kampf gegen die Schlepperei legen.

Die wesentlichen europapolitischen Forderungen der Länder sind in der am 7. September 2023 seitens der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder verabschiedeten „**Brüsseler Erklärung**“ enthalten, welche unter maßgeblicher Beteiligung Nordrhein-Westfalens erarbeitet wurde. Die „Brüsseler Erklärung“ umfasst übergeordnete europapolitische Anliegen und Forderungen der Ländervertreter an die EU-Institutionen. Kernpunkte sind insbesondere

- die Feststellung, dass eine **starke, demokratische und handlungsfähige Europäische Union** entscheidend für den Erhalt von Freiheit, Frieden und Wohlstand ist;
- die Bekräftigung der Mechanismen zur Einhaltung der **Rechtsstaatlichkeit**;
- die Forderung nach einem noch entschiedeneren Vorgehen der Europäischen Union mit Blick auf die **internen und externen Herausforderungen**, u.a. hinsichtlich der veränderten geopolitischen Ordnung, des Klimawandels, der Energiekrise, der notwendigen Transformationsprozesse, des demographischen und digitalen Wandels sowie der Migration;

- die Bekräftigung der grundsätzlichen Ziele des **europäischen Grünen Deals** als zentrale strategische Weichenstellung für den Übergang zu einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen, klimaneutralen und sozialen Marktwirtschaft sowie die Notwendigkeit eines gemeinsamen Agierens mit der **Industrie** sowie den Start-Ups und dem **Mittelstand** als wichtiges Fundament;
- die Feststellung, dass durch eine erfolgreiche **industrielle Transformation** neben klimapolitischen auch wirtschafts-, wettbewerbs-, und geopolitische Ziele der EU erreicht werden können;
- die Forderung, einen wettbewerbsfähigen **Brückenstrompreis** vor allem für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen für einen Übergangszeitraum zu etablieren, da die infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gestiegenen Energiekosten ein akutes Hemmnis für die Erholung der Konjunktur darstellen;
- die Wahrung der **Sozialverträglichkeit** bei der Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende;
- die Forderung, die **Stabilität des EU-Binnenmarktes** auch in einem global anspruchsvollen Umfeld weiter zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu sichern;
- die Forderung nach **kürzeren und vereinfachten Planungs- und Genehmigungsverfahren** sowie allgemein die **Entbürokratisierung**;
- die zentrale Bedeutung der **Kohäsionspolitik**;
- die konsequente Umsetzung der am 08.06.2023 mehrheitlich gefassten Einigung der Innenministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten zum **EU-Migrationspaket**.

Die zentralen Aussagen der Rede zur Lage der Union der Kommissionspräsidentin sind zudem mit den von der Landesregierung im Februar 2023 für die laufende Legislaturperiode verabschiedeten **Europapolitischen Prioritäten** vereinbar. Zurecht betont die Präsidentin, dass es Zeit ist, in großen Maßstäben zu denken und das Schicksal Europas in die eigenen Hände zu nehmen. Um Krisen und Herausforderungen zu bewältigen und die Zukunft zu gestalten, brauchen wir, so ein Kernsatz der Europapolitischen Prioritäten der Landesregierung, ein **geeintes und starkes Europa**.

Im Einklang mit den Europapolitischen Prioritäten begrüßt die Landesregierung insbesondere

- die Entschlossenheit der Kommission, den **globalen Wettbewerb** fair zu gestalten und rechtswidrige Praktiken zu ahnden;
- die Aussage, dass die Gewinnung und Ausbildung von **Fachkräften** eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union und das Funktionieren des öffentlichen Lebens ist;
- die Entschlossenheit der Kommission, die **wirtschaftliche Erholung** und die **Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft** zu fördern, den **Binnenmarkt** zu vertiefen und die **strategische Autonomie der europäischen Industrie** zu sichern;
- die Absicht der Kommission, nicht nur am **Grünen Deal** festzuhalten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu gefährden, sondern auch einen strategischen Dialog zur **Zukunft der Landwirtschaft** zu führen;

- die Entschlossenheit der Kommission, eine nachhaltige Lösung für die Migrationsfrage im Sinne eines **europäischen Migrations- und Asylsystems**, das zugleich fair, solidarisch und funktional ist, herbeizuführen;
- die Absicht, die laufenden **Erweiterungsverfahren**, etwa für die Staaten des Westbalkans, entschlossen fortzusetzen und dabei zugleich die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nicht zu gefährden;
- die Absicht, die **KI** auf menschenzentrierte, transparente und verantwortungsvolle Weise zu entwickeln.

Ein Kernthema ist die durch die Präsidentin aufgegriffene Thematik des Fachkräftemangels, welche europaweit und auch für Nordrhein-Westfalen eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre darstellt. Mit der „**Fachkräfteoffensive NRW**“ adressiert die Landesregierung diese große wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Herausforderung und wird gemeinsam mit Unternehmen, Kammern, Verbänden, Sozialpartnern und der Arbeitsverwaltung verschiedene Maßnahmen zur Gewinnung und Sicherung des Fachkräftebedarfs in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Themenschwerpunkte der Fachkräfteoffensive sind dabei insbesondere die Stärkung der beruflichen Ausbildung, die Bereiche Weiterbildung und Digitalisierung, die Aktivierung von inländischem Arbeitsmarktpotential sowie die Hebung ausländischer Potentiale und die Verbesserung der Verfahren bei der Berufsankennung.

Eine andere wichtige Thematik in der Rede der Präsidentin ist die Notwendigkeit eines hohen **Innovations- und Investitionsniveaus** mit Blick auf die bevorstehenden Transformationsherausforderungen. Die Landesregierung begrüßt hier ausdrücklich das Bekenntnis der Präsidentin, die **europäische Industrie während der gesamten Transformation zu unterstützen**. Initiativen zur technologischen Souveränität der Europäischen Union und des entsprechenden Förderrahmens, einschließlich der vorgeschlagenen STEP-Verordnung, sind aus Sicht der Landesregierung interessant und werden weiter verfolgt. Die Landesregierung begrüßt den Ansatz der Risikominimierung gegenüber China sowie auch die Ankündigung der Antisubventionsuntersuchung zu Elektrofahrzeugen. Ein weiteres zentrales Thema ist die Entbürokratisierung. Unternehmertum in der Europäischen Union muss vereinfacht werden. Darum begrüßt die Landesregierung die Initiativen für **KMU** und erwartet die Legislativvorschläge zur **Verringerung von Meldepflichten** im Oktober 2023 mit Spannung.

Das seitens der Präsidentin angekündigte Windkraft-Paket ist aus Sicht der Landesregierung interessant und wird im Detail geprüft werden. Bereits jetzt ist die Landesregierung führend beim **Ausbau der Windkraft**. Bis Ende des Jahres 2025 wird das Land Nordrhein-Westfalen die Windausbau-Ziele des Bundes sieben Jahre früher als vorgeschrieben erreichen. In dieser Legislaturperiode sollen insgesamt 1.000 Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen errichtet werden.

Mit Blick auf die verbleibenden Monate bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni nächsten Jahres wird die Landesregierung insbesondere die bereits im EU-Gesetzgebungsverfahren befindlichen Initiativen weiter eng begleiten und die Interessen des Landes vertreten.